

2. Tagung des 7. Landesparteitages
Lobenstein 20./21. September 2003

Referat des Landesvorsitzenden der PDS Thüringen, Dieter Hausold

Liebe Genossinnen und Genossen;

Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten;

Sehr geehrte Gäste;

In der Bundesrepublik schlägt seit einigen Wochen die Ostalgiewelle hohe Wogen. Unterhaltungsshow über den DDR-Alltag haben Hochkonjunktur in den TV-Redaktionen und die etablierte Politik verfällt sogleich in einen grundlegenden Streit darüber – wie das Leben in der DDR war und wie es demzufolge darzustellen ist. Showmaster wie Politgrößen haben dabei eins gemeinsam – sie reden über den Osten von damals und blenden den Osten von heute aus. Diesseitige Nachrichten geben wenig Anlass für Einschaltquoten bei Unterhaltung und erst recht keine guten Referenzen für die vorherrschende Politik.

Gegenwärtig ist die Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern so hoch wie noch nie seit 1990. Nicht erst seit zwei Tagen, als die Bundesregierung es offen eingestehen musste, ist klar, der Osten holt nicht mehr auf. Statt einer Angleichung der Lebensverhältnisse geht die Schere zu Gunsten des Westens immer weiter auseinander. Arbeitsplatzabbau und sinkende Kaufkraft sind gravierende Tatsachen dieser Rückwärtsentwicklung.

Gibt es keine politische Wende, so wird der allseits geforderte selbsttragende Aufschwung in immer weitere Ferne rücken. Ostdeutschland – auch Thüringen – steht damit in der Gefahr, auf Dauer eine Region mit vergleichsweise niedrigem Lebensniveau zu bleiben.

Bleibt es beim derzeitigen Trend, werden wir ohne absehbares Ende auf Transferleistungen angewiesen sein.

Doch gerade an diesem oft beklagten Zustand wird eines der gravierendsten Probleme dieses Landes in den vergangenen dreizehn Jahren deutlich:

Der im Osten erarbeitete gesellschaftliche Reichtum fließt zum großen Teil in den Westen ab. Die Gewinne der großen Unternehmen und Banken werden zum größten Teil nicht im Osten reinvestiert. Das Steueraufkommen fließt ebenfalls zum größten Teil in die alten Bundesländer.

Vor zwei Jahren gab es großes Aufsehen um die Aussage von Wolfgang Thierse, der Osten stehe auf der Kippe. Heute ist festzustellen, der Osten ist auf der schiefen Ebene, er fällt auf allen wichtigen Gebieten zurück.

Diese Tatsache ist nicht, wie die Regierenden in Bund und Land gerne Glauben machen möchten, der Globalisierung, einer stagnierenden Weltwirtschaft und niedrigerer Produktivität in Ostdeutschland zuzurechen.

Sicher können diese Faktoren bei der Bewertung der Situation nicht außer acht gelassen werden. Dies kann und darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die seit über einem Jahrzehnt anhaltende neoliberale Politik gründlich versagt hat. Sie hat die Reichen reicher und die Armen ärmer werden lassen, sie hat öffentliches Eigentum in die Hände privater Kapitalgesellschaften

gepresst, einen gigantischen Abbau von Sozialleistungen in Gang gesetzt und dennoch keinen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht, keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Dieser Politik, die unter Kohl begonnen wurde, die von Schröder gegenwärtig auf die Spitze getrieben wird – und die von jeder Thüringer CDU-Landesregierung gestützt und selbst mitbetrieben wird, müssen wir unseren entschiedenen Widerstand, müssen wir unsere Alternativen und Reformvorschläge entgegensetzen.

Die PDS Thüringen steht für einen politischen Richtungswechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, zu Chancengleichheit und mehr demokratischen Mitwirkungsrechten für Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften im Land ein Klima befördern, welches schließlich auch politische Mehrheiten für diese vielfach eingeforderten Ziele ermöglicht.

Mit anderen Worten: Parlamentarische, auch exekutive Initiativen für mehr soziale Gerechtigkeit bedürfen eines breiten Rückenhalts in der Gesellschaft, bedürfen einer intensiven außerparlamentarischen Bewegung, zu der wir beitragen wollen und als deren Teil wir uns verstehen. Dieser Zusammenhang ist für sozialistische Politik unverzichtbar.

Ein Klima zu erreichen, in dem ein politischer Richtungswechsel mehrheitsfähig wird, verlangt die offensive Auseinandersetzung mit der vorherrschenden öffentlichen Meinung – wie sie durch die Bundesregierung, die konservative Opposition, die Thüringer Landesregierung und einen Großteil der Medien tagtäglich aufs neue herbeigeredet wird.

Wir müssen ihren Sprachgebrauch entlarven, mit dem sie die tatsächlichen Ziele ihrer Politik verschleiern und alles, was sie tun als alternativlos darstellen.

So wird über Reichtum und Reiche in unserem Land nicht gerne gesprochen. Wer etwa fordert, die großen Geldvermögen und die Besserverdienenden in die Finanzierung des Gemeinwohls einzubeziehen, wird nur allzu gern des Sozialneides oder sogar der Klassenkampfsparole bezichtigt. Wir können eine solche Sicht nicht unwidersprochen lassen angesichts immens gestiegener Gewinne der großen Unternehmen, Banken und Versicherungen und angesichts eines enorm gestiegenen privaten Geldvermögens in den Händen Weniger.

Immer wieder geht es in den neoliberal geprägten Debatten um die Leistungsträger der Gesellschaft – sie sind zu fördern, sie sind besonders zu schützen. Genannt werden dann Konzernmanager, Bankvorstände, eventuell noch hochdotierte Wissenschaftler.

Als Sozialistinnen und Sozialisten stellen wir deutlich die Frage – sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwa nicht Leistungsträger dieser Gesellschaft – bürdet die Politik ihnen nicht gerade heute immer mehr Lasten auf, während die großen Vermögen und Unternehmen zunehmend entlastet werden?!

Flexibilität und Eigenverantwortung sind Tugenden, die viel gepriesen werden. Gefordert werden sie vor allem von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie sollen den Wohnort über Hunderte von Kilometern wechseln, um eine Arbeit zu erhalten. Sie sollen auf Lohn, Urlaub, Weihnachtsgeld verzichten, weil nur so ihr Arbeitsplatz gerettet werden könne.

Wo bleibt die Flexibilität der Gewinn-Verwendung im Sinne des Gemeinwohls – zum Beispiel über eine veränderte Steuerpolitik?

Wir sagen mit aller Deutlichkeit – diese Sprüche ziehen bei uns nicht. Sie dienen allein dazu, um den größten Sozialraubbau in der Geschichte der Bundesrepublik zu rechtfertigen. Diese Politik

gefährdet den Sozialstaat in höchstem Maße, weil sie ihn aus kurzfristigem Wirtschaftslobbyismus heraus zum Sozialhilfestaat degradieren will. Diese Politik gefährdet den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft und ist im übrigen auch ökonomisch völlig unsinnig.

Nehmen wir die Situation, wie sie ist:

Ø Die Wirtschaft stagniert oder wächst nur in geringem Maße.

Ø Die Realeinkommen sinken, in ihrem Gefolge ebenso die Kaufkraft.

Ø Die Geldpolitik der europäischen Zentralbank ist ausschließlich auf Geldstabilität aus und bestraft öffentliche Investitionen über ihre Zinspolitik.

Ø Resultierend aus einer Steuerpolitik, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte verringert, sind Investitionen des Bundes sowie der Länder und Gemeinden rückläufig, wodurch Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze zusätzlich gefährdet werden.

Ø Die einzige Antwort der Regierenden in Bund und Land ist Abbau sozialer Leistungen, zunehmende Alleinfinanzierung der Sozialbeiträge durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, schrittweise Privatisierung gesundheitlicher Risiken und der Altersvorsorge, Billiglöhne, Aushöhlung der Tarifautonomie sowie immer mehr ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Die sozialen Folgen allein genügen, um sich mit aller Energie gegen diesen Kurs zu wenden.

Genauso klar ist jedoch – da diese Politik einzig zu Lasten der mittleren und unteren Einkommen geht, dass auch die ökonomischen Folgen gravierend sind. Auf diesem Wege wird die Binnennachfrage weiter vermindert, das Steueraufkommen und somit die Investitionskraft der öffentlichen Haushalte zusätzlich geschwächt und somit werden tausende und abertausende Arbeitsplätze vor allem in der mittelständischen Wirtschaft, im Dienstleistungsbereich sowie im Handwerk vernichtet.

Dem gilt es Einhalt zu gebieten!

Wir benötigen in der Bundesrepublik, in Thüringen, eine Reformpolitik, die diesen Namen auch verdient.

Eine Reformpolitik, die sozial, gerecht und bürgernah ist.

Eine Reformpolitik, die wirtschaftliche Effizienz mit Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit verbindet.

Eine Reformpolitik, die Gewinnstreben endlich wieder zwingend mit sozialer Verantwortung verbindet.

Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als das Verfassungsgebot der Sozialpflicht zur Verfassungswirklichkeit in diesem Land werden zu lassen.

Anrede!

Trotz aller anderslautenden Beteuerungen unserer Landesregierung stehen alle die oben genannten Probleme für Thüringen in voller Schärfe. Wir hören wohl die etwas moderateren Töne an der

Spitze der Landesregierung. Zumindest verbal spielt ostdeutsches Problembewusstsein eine etwas größere Rolle. Hier und da wird eine Situation kritisch vermerkt, wobei Ursachen meist auf den Bund delegiert werden.

Insgesamt hat sich nichts geändert. Die CDU meint, ihre Politik sei einzig richtig und gut für das Land. Beratungsbedarf hat sie kaum, weil ja alles kaum besser laufen könnte.

Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache. 1994 stellte der ehemalige Ministerpräsident Dr. Vogel fest: „soziale Marktwirtschaft, zu der sich das Land und Verfassung bekennen, wird daran gemessen, ob sie allen, die arbeiten können, Arbeit gibt und ob sie für kranke und alte Menschen, für Behinderte und Verfolgte sorgt.“

Messen wir die Thüringer CDU an diesem Maßstab, so wird offensichtlich, sie hat an der Spitze der Landesregierung beziehungsweise in Alleinregierung nach 1999 total versagt.

Die Folge dieser Politik: Immer mehr Menschen in Thüringen sind auf Leistungen der Arbeitsförderung und schließlich auf Sozialhilfe angewiesen. Es ist interessant, wenn Ministerpräsident Althaus im Zusammenhang mit der Gründung eines Bündnisses für Familie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hervorhebt- ohne Zweifel eine wichtige Frage.

Noch viel gravierender ist jedoch die Tatsache, dass zirka 30 000 Frauen im Land auf Sozialhilfe angewiesen sind und das besonders häufig nach der Geburt eines Kindes beziehungsweise durch das Inanspruchnehmen von Erziehungszeiten. Dazu kommt, dass über 20 000 Kinder und Jugendliche im Land von Sozialhilfe leben müssen.

Obwohl aus dieser Situation hervorgeht, von welcher enormer Bedeutung die Sozialleistungen des Landes sind, setzt die CDU-Landesregierung in diesen Bereichen den Rotstift besonders unerbittlich an. In diesem Jahr werden die Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände, die Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit, die Jugendpauschale, die Zuwendung für die Frühförderung Behinderter, die Zuweisungen und Zuschüsse für Maßnahmen der Behindertenhilfe und weitere ähnlich gelagerte Positionen mit Kürzung und Haushaltssperre belegt.

Sehr kritisch muss auch die Situation auf wirtschaftlichem Gebiet bewertet werden.

Die Landesregierung wiegt sich noch immer in Spitzenpositionen bei Wachstumsgrößen.

Vor allem das Wachstum des Industrieumsatzes um 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr wird zu einem Ende der Rezession hochstilisiert. Von Arbeitsplatzzuwachs ist nicht die Rede- wie bezeichnend. Verschwiegen wird, dass im Hotel- und Gaststättengewerbe ein Umsatzrückgang von 5,2 Prozent und bei wirtschaftlichen Dienstleistungen von 6,2 Prozent eingetreten ist. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Bereichen ist sogar um 7 Prozent gesunken – fast 6 500 Beschäftigte haben ihre Arbeit verloren.

Weitere Negativentwicklungen gibt es bei Firmeninsolvenzen. Ihre Zahl liegt gegenwärtig den Zahlen von 2002 – damals waren es 201 103. Bezogen auf die wirtschaftliche Dynamik nimmt Thüringen Platz 14 unter 16 Bundesländern ein. Vor allem die negative Bewertung von Standortfaktoren spielt dabei eine große Rolle. Bei der Beschäftigungsentwicklung liegen wir auf Platz 15. Dies sind die wahren Ergebnisse der Politik unserer CDU-Landesregierung.

Anrede!

Als sozialistische Opposition ist es unsere Pflicht, die Situation im Land ungeschminkt darzulegen. Wir tun dies nicht, weil wir Thüringen schlecht reden wollen. Im Gegenteil.

Wir wissen und schätzen, dass sehr viele Thüringerinnen und Thüringer engagiert und mit Freude in ihrem Beruf arbeiten und darüber hinaus oft ehrenamtlich für die Gesellschaft tätig sind.

Wir wissen genauso darum, dass der weitaus größte Teil der 200 000 Arbeitslosen im Land lieber heute als morgen eine Arbeit aufnehmen würde. Wir wissen, ganz viele jüngere Menschen würden viel dafür geben, Thüringen nicht verlassen zu müssen, um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu erhalten.

Dies, wie auch die große Zahl derjenigen Menschen, die im Bürgerbegehren für mehr Demokratie ihr Interesse an direkter politischer Mitwirkung bekundet haben, macht deutlich, wie eng verbunden mit Thüringen gerade auch jene Menschen sind, die der Auffassung sind, dass sich hier vieles grundlegend ändern sollte. Dazu gehören auch die Mitglieder unserer Partei.

Von daher bestimmen wir unserer Reformalternativen für einen politischen Richtungswechsel in Thüringen.

Wir wollen eine Politik, die davon ausgeht, existenzsichere Arbeit für alle ist möglich.

Um Arbeitsplätze zu erhalten, die Einrichtung neuer Arbeitsplätze besser zu fördern und der Abwanderung aus Thüringen entgegenzuwirken wollen wir Wirtschaft unter veränderten Gesichtspunkten stärken und setzen zugleich auf die Entwicklung eines gemeinwohlorientierten öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik müssen nachhaltig und zukunftsorientiert gestaltet werden. Dabei kommt regionalen Wirtschaftskonzepten eine besondere Bedeutung zu, um annähernd gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Thüringens zu erreichen.

Es geht uns um die Verbindung von Infrastrukturentwicklung, Innovation, Bildung und Ausbildung sowie einer Stärkung der öffentlichen Haushalte – insbesondere der Kommunalfinanzen – sowie eine Reform der Verwaltung hin zu mehr Effizienz und Bürgernähe.

Neben dem Erhalt der weichen Standortfaktoren des Sozial-, Kultur- und Sportbereiches wollen wir Standorte vor allem durch stärkere Investitionen in die technische Infrastruktur fördern. Dazu soll eine Investpauschale unter anderem durch freiwerdende Kofinanzierungsmittel aus der sinkenden GA-Förderung des Bundes gebildet werden.

Zur Stärkung der Innovationskraft der Thüringer Unternehmen benötigen wir eine durch das Land unterstützte und begleitete Vernetzung der Arbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, insbesondere mit klein- und mittelständigen Unternehmen, sowie die Entwicklung regelmäßiger branchenorientierter Wissenschaftsbörsen.

Schließlich regen wir eine gezielte Unterstützung der Aus- und Neugründungen von Unternehmen mit wissenschaftlich-technischem Dienstleistungsprofil und zur Umsetzung von Forschungsergebnissen an.

Wir schlagen ein Innovationsförderprogramm unter besonderer Berücksichtigung klein- und mittelständiger Unternehmen vor. Zur Stärkung deren finanzieller Basis sollten stille Beteiligungen, sowie die Gewährung zinsloser Darlehen mit der Möglichkeit der Umwandlung in Zuschüsse ermöglicht werden. Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammer sollten Partner in diesem Prozess sein.

Ein gemeinwohlorientierter öffentlicher Beschäftigungssektor wird immer notwendiger. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und die an der Gewinnmaximierung orientierte Senkung der Aufwendungen macht weitere Arbeitsplätze überflüssig. Andererseits steigt der Arbeitsbedarf im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen sowie im Kulturbereich an, ohne das dort gewinnorientiert gearbeitet werden kann. Die Gesellschaft muss sich dieser Herausforderung stellen und Politik muss Lösungsansätze aufnehmen und ihre Entwicklung befördern.

Wir wollen eine Politik, die soziale Sicherheit gestaltet und für alle ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Nur mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit kann die Spaltung der Gesellschaft gestoppt werden. Deshalb tritt die PDS für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung ein. Statt Abbau wollen wir den Erhalt der freiwilligen Landesgesetze im sozialen Bereich. Als Beispiel nenne ich hier die Finanzausstattung der Kindertagesstätten, das Blindengeld und das Erziehungsgeld. Schließlich wollen wir eine Sozialpauschale einrichten, die es den Kommunen ermöglicht, Arbeitsplätze für soziale Aufgaben zu schaffen.

Sozialpolitik muss sich in allen gesellschaftlichen Bereichen realisieren. Sie findet sich in unseren Positionen zur Entwicklung des Gesundheitswesens ebenso wieder wie in den Vorschlägen zum Arbeitsmarkt, zur Frauen-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, bei den Themen Gleichstellung und Rentengerechtigkeit. In unserer „Agenda Sozial“ sind die Alternativen zusammengefasst.

Wir wollen eine Bildungsreform für Thüringen.

Es geht uns dabei um mehr Chancengleichheit im Zugang zur Bildung für alle.

Thüringen braucht ein gerechtes Schulsystem. Lebensnaher und polytechnischer Unterricht sind Voraussetzung für die Schülerinnen und Schüler für das Leben nach der Schule.

Die gegenwärtige Struktur des Bildungssystems setzt nach wie vor auf Auslese. Diese geschieht frühzeitig, nach der Klasse vier. Dies wird in der Bevölkerung mehrheitlich – wie wir meinen zurecht – angezweifelt. Längeres gemeinsames Lernen bis zur Klasse 8 kann mehr

Chancengleichheit eröffnen, da alle Schülerinnen und Schüler, gleich welcher sozialen Herkunft, gemeinsam unterrichtet werden. Damit kann sich für die Schülerinnen und Schüler der Effekt des sozialen Lernens verstärken. Die Übergangentscheidung in den nachfolgenden Schuljahren kann sich von einer Elternentscheidung zu einer schülerbestimmten Entscheidung entwickeln.

Individuellere Förderung, mehr Freude am Lernen werden – dies zeigen internationale Vergleiche – auch die Leistungsentwicklung befördern.

Bildung umfasst natürlich weit mehr als Schule. So streben wir auch eine bessere Bereitstellung und höhere Qualität in der Berufsausbildung an. Gegenwärtig stehen nur für 50 Prozent der Interessenten betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Wir benötigen also vor allem mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Zur Finanzierung schlagen wir eine Umlagefinanzierung vor, für die es in einzelnen Branchen bereits Vorbilder gibt. Wichtig erscheint uns weiterhin eine durch Fördermittel unterstützte direkt an die Ausbildung angeschlossene Nachbeschäftigung. Diese würde es jungen Menschen ermöglichen, weitere Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erwerben. Eine konsequente Sicherung des Berufsschulunterrichts sowie die Stärkung regionaler Bildungszentren sind wichtige Säulen der beruflichen Bildung.

Im Bereich der Hochschulen müssen Wege gefunden werden, um die sich trotz Hochschulpakt zuspitzende Unterfinanzierung – die zukünftig auch zu einem gravierenden Mangel an Lehrpersonal führen kann – aufzuhalten. Gelingt dies nicht, werden die Zukunftsbedingungen der Gesellschaft in Bildung und Forschung untergraben. Eine notwendige Hochschulreform muss auf eine bessere Ausstattung der Hochschulen und eine höhere Qualität der Bildung gerichtet sein.

Wir wollen die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Sicherung der notwendigen Kommunalfinanzen.

Dieser Parteitag wird sich ausführlich mit den Positionen der Thüringer PDS zur Kommunalpolitik befassen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen möchte ich an dieser Stelle auf die besondere

Bedeutung des eigenständigen kommunalpolitischen Profils unserer Partei verweisen. Unser Eintreten für höchstmögliche Transparenz der kommunalen Entscheidungen – Prinzip der gläsernen Rathäuser – für die weitestmögliche Einbeziehung und Anhörung von Bürgerinnen und Bürgern sowie das engagierte Wirken der PDS- Kommunalvertreter für den Erhalt der sozialen Infrastruktur gehören zu den Markenzeichen von PDS-Politik im gesamten Land.

Die Arbeit der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bürgermeister und Beigeordneten verdient viel Anerkennung. Sie sind die direktesten Bezugspersonen für Bürgerinnen und Bürger und tragen für das Ansehen unserer Kommunalpolitik besondere Verantwortung.

In der Arbeit der Landtagsfraktion standen und stehen die angemessene finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden, eine sozial gerechte und angemessenen Gestaltung der Kommunalabgaben, aber auch verbesserte Bedingungen für Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung im Mittelpunkt von Gesetzesinitiativen und anderen politischen Aktivitäten.

Anrede!

Wir sind auch künftig gut beraten, uns in den Städten, Gemeinden und Landkreisen mit den Rahmenbedingungen auseinander zu setzen, die Bundes- und Landespolitik setzen.

Sie engen den Spielraum für Kommunalpolitik immer weiter ein.

Vor allem durch den immer enger werdenden finanziellen Spielraum und die fortgesetzte Übertragung staatlicher Aufgaben werden die Gestaltungsmöglichkeiten zunehmend geringer. Die Gemeindefinanzreform des Bundes lässt auf sich warten und die Thüringer Landesregierung verweigert sich einer längst überfälligen Modernisierung des Kommunalrechts. Die kommunale Selbstverwaltung war noch nie so gefährdet wie heute. Diese Situation bringt eine wichtige Säule unserer Demokratie in Misskredit. Deutlich zu spüren ist dies an der geringen Beteiligung bei Kommunalwahlen.

Dies lässt uns nicht gleichgültig. Wir wollen erreichen, dass Kommunalvertretungen, Bürgermeister und Verwaltungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Entwicklung ihrer Gemeinden wirklich entscheiden können, Prioritäten setzen und Alternativen austreten können. Das setzt jedoch mehr als die heute vielerorts alternativlose Verwaltung des Mangels voraus. Dies zu erreichen verlangt, die politischen Ebenen miteinander zu verbinden, um deutlich zu machen, dass ein politischer Richtungswechsel nicht zuletzt aus der Sicht von Städten, Gemeinden und Landkreisen dringend erforderlich ist.

Anrede!

Selbstverständlich schwebt über allen genannten Reformvorhaben das Damoklesschwert der Finanzierbarkeit.

Die Finanzierung der Sozialsysteme, von öffentlichen Investitionen sowie einer Arbeitsmarktpolitik, die existenzsichernde Arbeit für alle ermöglicht, verlangt eine grundlegend veränderte Einnahmepolitik des Bundes und der Länder. Dabei kann es zunächst nur um einen Einstieg in eine solche gehen. Dieser ist allerdings sofort notwendig, um den neoliberalen Kurs der Deregulierung und der Zerstörung des Sozialstaates aufzuhalten.

Die Thüringer Landesregierung folgt der Linie der Bundesregierung. Auf die durch Schröders Politik der Steuergeschenke an große Unternehmen und Großverdiener hervorgerufenen enormen Steuerausfälle auch für Thüringen reagiert sie nicht mit der Forderung nach einer veränderten Einnahmepolitik. Sie versucht, wie oben schon dargestellt, den Haushalt mit drastischen Einsparmaßnahmen und einem rasanten Abbau der Nettoneuverschuldung zu konsolidieren. Schuldenabbau ist ein gerechtfertigtes Ziel. Allerdings sind wir der Ansicht, dass er nur im Einklang mit einer wirtschaftlichen Gesundung auf längere Sicht realisiert werden kann. Wer in der

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nicht endlich umsteuert, kann die Staatsfinanzen nicht wirklich konsolidieren, sondern nur auf Kosten der sozial Schwächsten schrumpfen. Die auch wirtschaftlich verheerenden Wirkungen wurden schon dargelegt.

Dennoch bleibt Tatsache, die Bundesrepublik braucht eine grundsätzlich andere Steuerpolitik.

Kernpunkte sind dabei:

Ø Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von 500 000 Euro für eine vierköpfige Familie und einem Steuersatz von 1,5 Prozent.

Ø Die Reform der Erbschafts- und Schenkungsteuer mit einer progressiven Erhöhung der Steuersätze bei zeitgemäßer Bewertung von Immobilienvermögen und Abbau der Vergünstigung von Betriebsvermögen.

Ø Die Einführung eines progressiven Körperschaftssteuersatzes und Abbau der Steuervergünstigungen für Konzerne.

Ø Die Rücknahme der Steuerfreistellung für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften und Besteuerung privater Veräußerungsgewinne zum persönlichen Einkommensteuersatz.

Ø Eine Umsatzsteuer von 1 Prozent auf Wertpapierumsätze

Ø Beibehaltung des Spitzensteuersatzes von 48,5 Prozent auch nach 2005.

Ø Verstärkte Bekämpfung von Steuerverkürzung und Steuerhinterziehung.

Die Realisierung dieser Forderungen würde bedeuten, dass Bund, Ländern und Gemeinden pro Jahr gut 100 Mrd. Euro mehr zur Verfügung stehen würden.

Würden im Gegenzug die öffentlichen Investitionen an die Höhe der mit der Bundesrepublik vergleichbaren Länder angeglichen und bis 2006 – also über drei Jahre – um 40 Mrd. Euro erhöht, dann brächte dies etwa 500 000 neue Arbeitsplätze.

Würde eine solche Wende in der Steuerpolitik mit einer durchgreifenden Arbeitszeitverkürzung verbunden könnten weitere Arbeitsplätze in Größenordnungen geschaffen werden. Der schon erwähnte gemeinnützige öffentliche Beschäftigungssektor könnte bundesweit zunächst mindestens 100 000 neue Arbeitsplätze bringen.

Die jetzt auch von der Regierungskoalition ins Auge gefasste Bürgerversicherung und durch uns schon seit Jahren angeregte Erhebung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber nicht nach der Lohnsumme, sondern nach der Brutto-Wertschöpfung könnten die Finanzprobleme der sozialen Sicherungssysteme auch ohne Leistungskürzungen lösen.

Natürlich bedeuten diese Schritte einen tiefen Einschnitt in das in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten übliche System der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie würden aber den sozialen, kulturellen und letztlich auch ökonomischen Herausforderungen gerecht werden und auf der Basis sozialer Gerechtigkeit tatsächlich eine Reform aller wichtigen gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen.

Wir können anders in diesem Land, wenn wir nur wollen.

Anrede!

Mit Blick auf den Programmparteitag von Chemnitz, aber auch angesichts der schon über ein Jahr andauernden Debatten um die Ergebnisse der PDS-Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wird in der Partei – aber auch in ihrem Umfeld – immer wieder die Frage gestellt:

Wie weit kann pragmatische Politik gehen, ohne politische Prinzipien zu verlassen?

Die Thüringer PDS, insbesondere der Landesvorstand, und schließlich die nächste Tagung dieses Parteitag werden mit der Erarbeitung des Landtagswahlprogramms die Prämissen für die Arbeit der Parteigremien und der Landtagsfraktion in der kommenden Wahlperiode setzen.

Unser Ziel ist es, schon den Entwurf mit Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden der Sozial-, Jugend-, und Kulturarbeit, mit Bürgerinitiativen, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, den Kirchen, Vertretern von Schule, Hochschule und weiteren Bildungseinrichtungen – also einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit, zu beraten.

Es geht uns darum, noch genauer zu definieren, welche Erwartungen Menschen an PDS- Politik haben, welche unserer Positionen sie für besonders wichtig halten. Aus dieser Debatte heraus sollten wir unser Profil weiter schärfen, indem wir deutlich sagen, welche Forderungen für uns – unabhängig von der parlamentarischen Konstellation – nicht zur Disposition stehen.

Anrede!

In vier Wochen wird der Chemnitzer Parteitag über ein neues Programm der PDS entscheiden. Nach meiner Auffassung bietet der vorliegende Entwurf eine gute Grundlage für das politische Wirken unserer Partei im nächsten Jahrzehnt. Der Entwurf umreißt Herausforderungen und Möglichkeiten sozialistischer Politik unter den heutigen Bedingungen. Es geht darum, als sozialistische Partei einen Beitrag zur Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu leisten – weg vom Neoliberalismus hin zu einem Leben, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität den sozialen Zusammenhalt garantieren. Aus diesem Anspruch werden sehr reale Zielsetzungen. Der Programmentwurf fragt – Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? Er antwortet: Schutz vor Gewalt, saubere Luft und sauberes Wasser, Bildung, Kultur, soziale Sicherheit und Gesundheit. Für die meisten Menschen auf dieser Erde noch immer unerreichbare Güter. Die Politik in Deutschland greift diese Grundgüter immer mehr an und betreibt gegenüber dem Süden in erster Linie die Interessen von Konzernen und Banken.

Das neue Parteiprogramm entwirft ausgehend von der Analyse der heutigen Gesellschaft Vorstellungen einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft und stellt einen Handlungsrahmen für sozialistische Politik unter aktuellen Bedingungen dar.

Deshalb macht es im übrigen auch keinen Sinn, den Widerstand zu derzeitigen Verhältnissen, die Auseinandersetzung mit der Dominanz von Kapital und Wirtschaft über die Gesellschaft der sogenannten Realpolitik gegenüberzustellen.

Dieses Programm ist kein Programm der Anpassung. Es benennt im Gegenteil sozialistische Kriterien für unser gemeinsames Handeln. Allerdings nicht im Sinne der „reinen Lehre“, sondern für praktische Politik.

Im Kern geht es um folgendes programmatisch-politisches Verständnis:

Als kapitalismuskritische Opposition und als gesellschaftsgestaltende Kraft wird die PDS Nein sagen zu allen Entwicklungen, die die Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen stärken, patriarchale Verhältnisse zementieren, die Gesellschaft sozial spalten, soziale Unsicherheit erhöhen, die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören.

Und sie wird Ja sagen zu allen Schritten, die dazu beitragen, zivilisatorische Errungenschaften zu bewahren und weiterzuentwickeln, das Kräfteverhältnis zu Gunsten von Emanzipation und Solidarität zu verschieben, die Gesellschaft lebenswerter zu gestalten.

In diesen konkreten Widersprüchen wirkend, ist sozialistische Politik immer Realpolitik – sei es durch konsequente Verweigerung, sei es durch überzeugende Reformpolitik.

Anrede!

In diesem Sinne lasst uns in konsequenter Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Politik des Sozialraubbaus, der Bürokratie und Vetternwirtschaft in diesem Land für einen politischen Richtungswechsel werben. Vierzehn Jahre CDU-Regierung sind genug. Sie haben unser Land in die Stagnation geführt. Thüringen braucht dringend eine Alternative:

Gestalten wir dieses Land sozial, gerecht und bürgernah.